

- Inhalt -

01.) Begrüßung und Dank:

(Seite: 1)

02.) Eigene Vorstellung:

(Seite: 1)

03.) Traueransprache:

(Seite: 1)

04.) Worum geht es und was sind unsere Hauptgründe heute hier zu sein:

(Seite: 1-2)

05.) Politik / Flächenverbrauch / Aurich / OOWV:

(Seite: 2)

06.) Warum eine Bürgerinitiative I. / Strafanzeige / Wir sind nicht Allein:

(Seite: 2-3)

07.) Warum eine Bürgerinitiative II. / Verschmutzung / Zitat aus Planfeststellung:

(Seite: 3)

08.) Wir haben "Genug" / Unsere Belastungen / Wo ist die Politik? :

(Seite: 3-4)

09.) Weitere Nachteile durch den Sandabbau - stichpunktartig:

(Seite: 4-5)

10.) Vermutungen über das LBEG / Warum das LBEG?:

(Seite: 5)

11.) Die Firma Siebels / Eins haben wir vorab beschlossen:

(Seite: 6)

12.) Abschluss / Bitte / Verabschiedung:

(Seite: 6)

(Ende Teil I. Rede)

13.) Unsere zunächst geplanten aktuellen Ziele sind:

(Seite: 7)

(ein paar Infos u. Daten)

14.) Kurze Chronologie bisheriger Ereignisse / Stichpunkte:

(Seite: 7-8)

(Ende Teil II. Info/Daten)



Kreishaus-Wittmund, 06. Februar 2019
Beginn der Veranstaltung: ca. 16:00 Uhr

„Zukunft statt Sandabbau“- stoppt die Kieskuhlenerweiterung in Ardorf-Hoheborg!

Rede/Text zur Teilnahme an der Sitzung des Planungs- u. Umwelt-
ausschusses am 06.02.'19 im Kreishaus-Wittmund / Jörg Hinrichs.

Telefonische Einladung zur Teilnahme von Herrn Heinz Buss (Sprecher der Mehrheitsgruppe
im Kreistag für SPD, BFB, Grüne, Linke). Öffentliche Sitzung des Planungs- und Umwelt-
ausschusses (Kreishaus-Großer Saal / 16:00 Uhr / Marktplatz-Wittmund)

01.) Begrüßung und Dank:

Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Anwesenden,

wir, die Hohebarger Nachbarn und die Bürgerinitiative „Zukunft statt Sandabbau“, haben uns
sehr über Ihre Einladung zur Teilnahme an der heutigen Sitzung des Planungs- und
Umweltausschusses gefreut und bedanken uns für die hier gegebene Möglichkeit zu einer
Anhörung und des Austausches über die erneut geplante Erweiterung der Kieskuhle in Ardorf-
Hoheborg durch die Auricher Firma Christian Siebels.

02.) Eigene Vorstellung:

Kurz zu meiner Person: Mein Name ist Jörg Hinrichs und ich bin hier als gewählter Sprecher
der Hohebarger-Nachbarschaft und Vorstand der erst kürzlich gegründeten Bürgerinitiative
„Zukunft statt Sandabbau“. Ebenso stehe ich hier als ein von diesem Vorhaben betroffener
Anwohner und Anlieger.

03.) Traueransprache:

An dieser Stelle möchte ich mitteilen, dass ein Grund warum wir heute nicht so zahlreich
vertreten sein können ist - weil unser lieber Nachbar, Freund und Mitbürger, Herr Günther
Otten, nach kurzer schwerer Krankheit, jedoch für alle ganz unerwartet von uns gegangen ist.
Die Beisetzung findet morgen statt und unser tiefstes Mitgefühl gilt seiner Frau Traute und
allen hinterbliebenen Familienangehörigen, unseres lieben Günther Otten.

04.) Worum geht es und was sind unsere Hauptgründe heute hier zu sein:

Ich komme nun zu dem Thema warum wir Anwohner heute hier sind und warum wir uns als
eine Bürgerinitiative zusammengeschlossen haben.

Sandabbau! Eigentlich ein Thema das uns ALLE etwas angehen sollte, denn schließlich geht
es dabei um unsere Umwelt und in diesen Fall, inmitten unseres Wittmunder Landkreises!

Hierzu nochmal kurz ein paar Eckdaten: Die Fa. Siebels hat ihr bisher genehmigtes
Abbauvolumen erreicht und plant abermals eine Vergrößerung, Vertiefung und Verlängerung
des Sandabbaus, und das in direkter Nähe zu unserer Wohnregion.

Im Zuge dieser Erweiterung soll die derzeit bestehende Abbaufäche von ca. 15,5 Hektar, um
weitere 8 Hektar, anders gesagt 80.000 m², in nordöstliche Richtung vergrößert und der
bestehende See von zur Zeit 22 Meter, auf dann 30 Meter vertieft werden.

Insbesondere lehnen wir hierbei den erheblichen, unwiederbringlichen und ohnehin nicht
nachhaltig gedachten Flächenverbrauch entschieden ab! Diesem Vorhaben sollen weiterhin
noch 550 Meter, nach § 29 und § 30 (BundesnatSchG), geschützte Wallhecken, geschützte
Pionierflure und außerdem ein 2,3 Hektar großes Waldstück zum Opfer fallen.

Schlimmer aber noch sind die viel komplexeren und gesamtheitlichen Folgen für Mensch, Natur und Tierwelt, welche gemeinhin mit dem Sandabbau einhergehen und das bedingt durch den äußerst massiven Eingriff in ein bestehendes Ökosystem.

05.) Politik / Flächenverbrauch / Aurich / OOWV

Damalige Zusagen von Politik und Behörden, weitere Abbaugenehmigungen für dieses Gebiet künftig nicht mehr erteilen oder zumindest unterstützen zu wollen - daran erinnert man sich heute leider nicht mehr - wir Anwohner jedoch schon!

Ebenfalls haben wir nicht vergessen, dass doch eines der vormals gesetzten Ziele des Landkreises Wittmund auch war, künftig etwas besser auf den nachhaltigen Umgang mit Flächen achten und die Aspekte des Umwelt- und Bodenschutzes stärker berücksichtigen zu wollen? Des Weiteren, um dadurch den unnötigen Flächenverbrauch in Zukunft möglichst auf ein Minimum zu reduzieren. Allerdings, der unwiederbringliche Verlust von derzeit noch landwirtschaftlich genutzten Flächen, mit ebenso viel Potential für anderweitige Nutzungsverwendung, sehen wir als "nicht-langfristig" und "nicht-nachhaltig" gedacht an...und fragen uns, ob die zuvor auferlegten Ziele wohl noch gelten mögen oder ob diese bald ebenfalls nur noch Worte aus der Vergangenheit sind?

Bemerkenswert ist auch, dass sowohl der Landkreis-Aurich, die niedersächsische Landwirtschaftskammer, der Oldenburgisch-Ostfriesische Wasserverband/OOWV-Aurich und der Wasserverband-Harlingerland, ebenfalls schon im Vorfeld erhebliche Einwände gegen das neuerliche Vorhaben begründet geäußert haben. Die zu erwartenden Beeinträchtigungen und Veränderungen des Grundwasserspiegels, und damit die Gefahr der Vertrocknung oder Vernässung anliegender landwirtschaftlicher Nutzflächen und Privatgrundstücke, aber vor allem die Gefährdung der hier sehr naheliegenden Trinkwasserschutzgebiete sind überaus nachteilige und ernstzunehmende Folgen, welche dann grundsätzlich auch auf die erheblichen Eingriffe in den bestehenden Grundwasserhaushalt zurückzuführen wären.

06.) Warum eine Bürgerinitiative I. / Strafanzeige / Wir sind nicht Allein:

Warum gründeten wir eine Bürgerinitiative? Weil wir beim Thema „Sandabbau“ bereits seit Jahren oder Jahrzehnten immer wieder übergangen, ausgeschlossen und nicht ernst genommen wurden. Weil unsere Ängste, Sorgen und Belastungen immer wieder kein ausreichendes Gehör gefunden haben. Trotz zahlreicher, auch schriftlicher Meldungen an zuständige Behörden bzgl. der Nichteinhaltung von Abbauauflagen, die erheblichen, kontinuierlichen Verschmutzungen des Geländes und die bereits fünfmaligen Grundabbrüche im Abbaubereich, folgten hierauf kaum nennenswerte Reaktionen. Versuche der Beschwichtigung oder gar Bagatellisierung der Vorkommnisse, treffen hierbei wohl eher zu. Eine Bürgerinitiative, weil wir gemeinsam etwas verändern wollen was uns in der Vergangenheit als Einzelperson nicht immer gut gelungen ist. Initiative zu übernehmen innerhalb einer stärkeren Gemeinschaft, um somit auf politische oder behördliche Entscheidungen hoffentlich etwas mehr Einfluss nehmen zu können. Beteiligt zu werden bei Themen die mitten in unserer Region passieren und um zu fordern: Stoppt endlich mit der Bürgerausgrenzung und stoppt die weitere Umwelt- und Landschaftszerstörung!

Jüngst jedoch erfuhren wir, dass doch etwas unternommen wurde - scheinbar aber nicht vom Landkreis oder den zuständigen Behörden ausgehend.

Erst kürzlich wurde Strafantrag wegen Umweltverschmutzung gegen Firma Siebels gestellt und die Angelegenheit befindet sich derzeit wohl in Prüfung. Uns gegenüber geäußerte Vermutungen, die Hohebarger-Nachbarschaft, einzelne Anwohner oder die Bürgerinitiative seien das gewesen, weisen wir hiermit zurück - schlichtweg weil Vermutungen dieser Art nicht der Wahrheit entsprechen!

Wie man daraus ersehen kann stehen wir keineswegs als alleinige Außenseiter mit unseren Bedenken da - einige Andere scheint dieses Thema wohl ebenfalls zu beschäftigen. Warum und mit welchen konkreten Begründungen der Landkreis Wittmund weiter derart hinter dem geplanten Vorhaben steht und sich uns gegenüber mit Informationen bislang sehr zurückhaltend zeigte, dass konnte uns bisher nicht ausreichend erklärt werden.

07.) Warum eine Bürgerinitiative II. / Verschmutzung / Zitat aus Planfeststellung:

Zu den vorbereitenden Planungsgesprächen, der bereits im April letzten Jahres erfolgten Antragskonferenz nicht zugelassen zu werden, als auch die Ablehnung der Teilnahme unseres Ardorfer-Ortsvorstehers, Herrn Wilhelm Ihnen, dieser Konferenz beizusitzen, zeigten uns einmal mehr, dass evtl. mögliche Kritik oder eine Opposition hier nicht gewünscht werden. Angelvereine und diverse andere uns eher nicht bekannte Verbände wurden hingegen schriftlich eingeladen und nahmen hieran teil.

Wir denken, dass gerade die Bürger die hier leben und die mit am meisten von den alltäglichen Konsequenzen die aus einer Erweiterung hervorgehen würden betroffen sind, die Auswirkungen über Jahre oder sogar Jahrzehnte zu spüren bekommen, dass man diese auch nach ihrer Meinung fragen und sie mehr beteiligen sollte. Und ebenso, dass diese Bürger die Möglichkeit bekommen sollten, ein kleines Wörtchen mitreden zu dürfen.

Auch eine von Herrn Wilhelm Ihnen durch uns weitergeleitete Anfrage an Fa. Siebels, mit der Bitte um ein Treffen und Gespräch, ist strikt abgelehnt worden. Die Begründung hierzu war, dass man jetzt und auch zukünftig nicht bereit sei, sich mit den wohl eher kritisch vermuteten Fragen der Anwohner, in dieser Form auseinander zu setzen.

Dann möchte ich betonen! Wir sind nicht nur verärgert über die abermals geplante Erweiterung, sondern auch über den bisherigen, unseriösen unternehmerischen Umgang mit den bereits zuvor erteilten Abbaugenehmigungen, insbesondere hier, die Nichteinhaltung der behördlichen Auflage, dass Abbaugelände nicht mit Bauschutt, Plastik, Almetallen, Asphalt oder sonstigem Müll zu verunreinigen!

Zitat aus dem Planfeststellungsbeschluss von 1991 (Punkt 13): „Die Ausbaustelle darf nicht mit Unrat, Abfällen, Bauschutt oder Bodenaushub anderer Baumaßnahmen verfüllt werden. Dennoch erfolgte Ablagerungen sind unabhängig von ihrer Herkunft umgehend auf Kosten des Antragstellers zu beseitigen.“

„Auch bei Uferabbrüchen notwendig werdende Auffüllungen, dürfen nur mit örtlich gewonnenem Bodenmaterial aufgefüllt werden. Eventuelle Kantenabbrüche durch Wellenschlag, sind sofort durch geeignete Maßnahmen zu sichern“. Zitat-Ende.

Nachweislich schon seit 1996, wurde der Landkreis Wittmund immer wieder mündlich und schriftlich auf derartige Missstände im Abbaugelände hingewiesen und diesbezüglich um Abhilfe gebeten - sichtlich immer ohne ausreichenden Erfolg und ohne weitere Konsequenzen für den Betreiber. Für uns stellt sich die Frage, wie konnte es trotz Hinweisen und trotz vorliegender, behördlicher Auflagen und Kontrollen überhaupt soweit kommen!? Wir bitten hier um Überprüfung und Aufklärung!

08.) Wir haben "Genug" / Unsere Belastungen / Wo ist die Politik? :

Wir jedenfalls haben mittlerweile "Genug von dem Ganzen!". Für uns und zukünftige Generationen sagen wir "Schluss damit!". Nachweislich seit 1981 (erste offiziell dokumentierte Abbaugenehmigung), seit nunmehr fast 40 Jahren Sandabbau! Das soll wohl scheinbar immer so weiter gehen? Immer mehr, immer größer und immer tiefer!?

Wie lange denn noch, dass man uns Anwohner die schwierige Doppelbelastung zumutet, sowohl den Fluglärm, als auch die durch den Sandabbau entstehenden Nachteile ertragen

zu müssen? Unser Grundrecht auf "Schutz von Leben und Gesundheit", sollte zukünftig mehr berücksichtigt werden und damit erheblich mehr Bedeutung beigemessen bekommen!

Wir haben uns in dieser Angelegenheit über all die Jahre immer sehr zurückgenommen. Getreu dem Motto "Leben und leben lassen". Denn sehr wohl wissen wir, dass wir alle Sand benötigen und Unternehmen die diesen abbauen. Aber nicht um jeden Preis und nach dem Prinzip, "zuerst der kleine Finger und dann der ganze Arm". Es gibt durchaus Sandabbau-Alternativen in unserer Region, die nicht so nah an Wohnhäusern gelegen sind - und wir meinen unsere Schuldigkeit mittlerweile getan zu haben. Eines müssen wir uns sonst wohl doch hier vorwerfen lassen, dass wir uns über die Jahre zu sehr zurückgenommen haben!?

- Selbst nach den massiven Grundabbrüchen von 1995, '96 und '99 - die Zufahrtsstraße "Am Rillenmoor" war danach monatelang gesperrt, ging alles wie gehabt weiter. Durch unseren damaligen Ortsvorsteher, Herrn Günther Toben, an den Landkreis Wittmund offiziell und schriftlich eingereichte, erhebliche Einwände, mit Forderungen nach sofortiger Ursachenprüfung und Abbaustopp, blieben weitestgehend ungehört.
- Wir sagen: Schluss mit falschen Versprechen, über eine baldige Beendigung des Abbaus. Wir verstehen das mittlerweile nur noch als eine Hinhaltetaktik, Zermürbung der Betroffenen und letztlich als einen Vertrauensbruch durch verantwortliche Politiker, und denken dabei an einen bekannten Spruch: "Was kümmert mich heute, mein Geschwätz von gestern,...".
- Über die Zeit entsteht dadurch ein Verlust der Hoffnung auf Veränderung. Das Gefühl dagegen nichts machen zu können und in dieser Angelegenheit sowieso wieder den "Kürzeren" zu ziehen wird immer stärker und setzt sich irgendwann ganz durch. Was bleibt, sind Resignation und Tatenlosigkeit, und damit noch mehr freie Bahn und kaum Gegenwind für den Antragsteller und seine Befürworter.

Wir bitten darum, dass die Stadt und der Landkreis Wittmund hier zukünftig mehr Mitverantwortung übernehmen. Sie haben schließlich auch den nicht ganz unbedeutenden Auftrag sich für das Wohl, die Sicherheit und die Gesundheit Ihrer Bürger einzusetzen.

09.) Weitere Nachteile durch den Sandabbau - stichpunktartig:

Hier nun stichpunktartig einige der vielleicht zuvor noch nicht genannten Gründe warum wir einer Erweiterung, aufgrund negativer Folgen für Umwelt, Natur u. Mensch, zudem noch widersprechen:

- der Verlust des Waldstücks bedeutet auch die Zerstörung eines wichtigen Lebens- und Rückzugraumes hier heimischer, mitunter sogar seltener Tierarten.
- aufgrund vorgenannter Bauschuttentsorgung durch den Betreiber, folgen zusätzliche Vermüllungen zudem durch unbekannte Trittbrettfahrer und Nachahmungstäter. Jedoch, der Planfeststellungsbeschluss sieht für die Folgenutzung den Naturschutz vor. Wie soll das gehen, wenn über Jahrzehnte so verantwortungslos mit dem Gebiet umgegangen wurde?
- die Zerstörung unserer heimatlichen Umgebung und des dazu gehörigen, regional typischen Landschaftsbildes.
- Schmälerung des Freizeitwertes eines sehr beliebten und wichtigen Naherholungsgebietes unserer Region für Spaziergänger, Jogger und Radfahrer.
- der zu ertragende Sandflug und die vorliegenden Lärm-, Staub- u. Schadstoffbelastungen.
- Verschmutzung und Beschädigung der Zufahrtsstraßen durch den LKW-Schwerlastverkehr.
- Beschädigungen an Häusern und Fassaden anliegender Grundstücke, ebenfalls bedingt durch den Schwerlastverkehr oder auch durch abermals auftretende Bodenabsenkungen, mit vielen, für uns noch offenen, Rechts- u. Haftungsfragen.
- unbefugtes Betreten der Sandkuhle durch Camper, zum Teil sogar mit Wohnmobilen, Motorrad- und Quadfahrer, zudem noch häufige Sommer-Partys mit nächtlichen Musiklärm.

- Unglücksgefahr, besonders für Kinder und Jugendliche, weil kaum bis gar keine Absicherungen zum Betreten des Geländes bestehen und auch durch im See befindliche, teils nicht sofort sichtbare, im Zementschutt enthaltene Eisenstangen.

Wenn dem neuerlichen Erweiterungsantrag wieder zugestimmt werden sollte, dann ist mit einer Abbaudauer, unter vorgenannten Belastungen, von weiteren 15 bis 20 Jahren für uns zu rechnen. Wir hoffen inständig, dass es dazu nicht kommen wird!

10.) Vermutungen über das LBEG / Warum das LBEG?:

Warum liegt nun die Zuständigkeit im Genehmigungsverfahren für die Planfeststellung beim Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie, mit Sitz in Clausthal-Zellerfeld, kurz LBEG?. Unsererseits gibt es da nur Vermutungen. Entweder es liegt wirklich auf einmal, und erst nach Jahrzehnten entdeckter "hochwertiger Quarzsand" in der Abbaustätte vor, oder man "wollte gerne", dass das LBEG zuständig ist. Zum Beispiel, weil der Landkreis das neuerliche Verfahren als behördlich aufwendigen Prozess ansehen könnte und es zudem noch ein politisch eher unbequemes Thema ist. Denn man musste wohl auch mit Widerstand seitens der Anwohner rechnen, weil es ja bereits damals entsprechende Zusagen gab, den Abbau nicht noch einmal verlängern zu wollen! Das LBEG ist außerdem weit weg von dieser Region, Politik, Behörden und Anwohnern und gilt gemeinhin, als "recht genehmigungsfreudig" und "Unternehmer unterstützend" ausgerichtet.

Vom Antragssteller wird gerne das nachfolgende Argument für einen weiteren Abbau angeführt - "Es ginge hierbei ja schließlich um die sehr "hochwertige Ressource Quarzsand". Wir sehen das jedoch etwas anders und meinen, dass dasselbe Kind nur einen anderen, vielleicht etwas wohlklingenderen Namen erhalten hat. Den Beweis über hochwertigen Quarzsand, finden wir anhand bisheriger Angaben zum Gutachten derzeit nicht belegt. Lediglich die Feuerfestigkeit von ca. 1.660 Grad-Celsius wurden gesondert genannt. Angaben über den prozentualen Quarzgehalt der Proben, fanden wir bisher nicht. Auch ein Unternehmensplan oder entsprechende Erklärungen darüber, dass der etwaig zukünftig abgebaute und höherwertige Sand, eine andere Verwendung als die zuvor findet, nämlich die als gewöhnlicher Bau- und Füllsand veräußert zu werden, stehen ebenfalls noch aus.

Neben angemerkt: Zweifel haben wir vielleicht allein schon deshalb, weil die mangelnde bisherige Beteiligung und Transparenz auf der Strecke geblieben sind und somit viel Raum für Spekulationen geschaffen wurde. Zudem, weil man doch annehmen sollte, dass ein Unternehmen mit jahrzehntelanger Erfahrung weiß, ob hochwertiger und am Markt teurer Quarzsand abgebaut und verkauft wird oder eben nur günstigerer Bau- und Füllsand. Vergleiche hinken immer, aber ein Juwelier würde wohl auch ganz genau wissen, ob da Gold oder Silber in seiner Auslage liegt.

Das Thema über die Zuständigkeit des LBEG's, fühlte sich für uns bisher ein bisschen wie Ping-Pong spielen an. Das Bergbauamt sagte uns in einem Telefonat, wir folgen und berücksichtigen durchaus auch den Empfehlungen vom zuständigen Landkreis oder der Stadt Wittmund. Wittmund jedoch sagte uns, wir haben hier keinerlei Einfluss mehr auf das Verfahren - die Zuständigkeiten liegen nunmehr ausschließlich in Clausthal-Zellerfeld.

Unterm Strich - unser Eindruck ist: Das LBEG möchte nach Vorlage und Überprüfung aller zu erbringenden Gutachten, grundsätzlich wohl genehmigen und wird in seinem Vorhaben vom Landkreis Wittmund dahingehend unterstützt, allein durch die dezente Zurückhaltung, sich auch mal ein bisschen für uns einzusetzen, oder besser noch, sich allgemein dem geplanten Projekt gegenüber etwas Offener, gerne auch kritischer zu zeigen. Das wäre dann zumindest mal ein Anfang und ein erkennbares Zeichen für uns, dass damalige Äußerungen weitere Abbaumaßnahmen nach Beendigung nicht mehr durchführen zu wollen, vom richtigen Ansatz her versucht werden diese auch zu erfüllen.

11.) Die Firma Siebels / Eins haben wir vorab beschlossen:

Die Fa. Siebels ist ein bekanntes Auricher Unternehmen mit jahrzehntelanger Erfahrung und weitreichenden Kontakten. Das Unternehmen ist in verschiedenen Bereichen gut aufgestellt und betreibt noch weitere Sandabbaustätten. Wir Anwohner haben Fa. Siebels jedoch auch als ein Unternehmen kennengelernt, dass den Einsatz von recht zweifelhaften Methoden nicht scheut und eine schnelle Anforderung anwaltlicher Hilfe ist ebenfalls kein Fremdwort. Vorsichtshalber stellen wir Anwohner uns also schon mal auf eine Auseinandersetzung ein, die langwierig und durchaus mit harten Bandagen geführt werden könnte.

Jedoch, eines haben wir vorab schon beschlossen: Selbst bei nur kleinsten Erfolgen und damit positiven Veränderungen, stehen wir in unserer Gemeinschaft schon besser da als vorher - und können immerhin sagen, dass wir mit "traditionell sturköpfigen Ostfriesenstolz", den Mut hatten etwas zu tun und nicht ganz untätig geblieben sind!

Auch wissen wir: Wer kämpft kann verlieren, aber wer nicht kämpft, der hat schon verloren!

12.) Abschluss / Bitte / Verabschiedung:

Wir wollen die Folgen aus einer nochmaligen Erweiterung des Sandabbaus nicht mehr länger hinnehmen, und fordern, für uns und zukünftige Generationen, die schon längst überfällige Beendigung des Abbaus und die bereits im Planfeststellungsbeschluss festgelegten Renaturierungsmaßnahmen für das ehemalige Gebiet zeitnah einzuleiten, um somit der Nachhaltigkeit, dem Naturschutz und den Menschen die in dieser Region leben, zukünftig wieder etwas gerechter zu werden.

Wir erbitten Ihre Unterstützung, unsere Anliegen zu vertreten, und würden uns über einen besseren Informationsaustausch und mehr Einbindung am laufenden Verfahren sehr freuen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit - im Namen der Nachbarschaft und der Bürgerinitiative aus Ardorf-Hoheberg!

- Ende Teil I. Rede -

(ein paar weitere Infos und Daten)

13.) Unsere zunächst geplanten aktuellen Ziele sind:

- schriftliche Mitteilung an das LBEG über die nun erfolgte offizielle Gründung der Bürgerinitiative "Zukunft statt Sandabbau". Antrag auf die zukünftige Beteiligung, nach §13 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) stellen.
- neue Unterschriften für das "Bürgerbegehren" und neue Mitglieder für unsere Bürgerinitiative zu gewinnen.
- weitere Gespräche mit dem Landkreis Wittmund (Landrat, Bürgermeister Kreistag/Stadtrat) bzgl. eventueller, zukünftiger Unterstützung anstreben.
- auf die öffentliche Bekanntmachung für das Planfeststellungsverfahren seitens des LBEG achten. Ein "Widerspruch-Schreiben" im Namen der Bürger, Anwohner, Nachbarschaft und Bürgerinitiative bereits im Vorfeld aufsetzen, um nach öffentlicher Bekanntmachung den Widerspruch fristgerecht beim LBEG einreichen zu können.

14.) Kurze Chronologie bisheriger Ereignisse / Stichpunkte:

- 2015 Fa. Siebels führt erste Gespräche mit dem LK-WTM über die geplante Verlängerung und Erweiterung. **LK-WTM empfiehlt Fa. Siebels ein Sandgutachten zu erstellen und Sand auf Quarzgehalt prüfen zu lassen!**. Warum kommt diese Empfehlung vom LK-WTM?
- Gutachten wurde erstellt - scheinbar liegt nun "hochwertiger Quarzsand" in der Abbaustätte vor. Dadurch obliegt die Zuständigkeit für eine weitere Abbaugenehmigung dem LBEG. LBEG = Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie mit Sitz in Clausthal-Zellerfeld.
..Viele offene Fragen über die Richtigkeit des Gutachtens (Zeugen zugegen bei Probenentnahme?, Versiegelung der Proben?, tatsächlicher prozentualer Quarzgehalt im Sand?)
- 2016 Erweiterungsabsicht wurde einigen Anwohnern per Info-Dokument/Flyer mitgeteilt. Somit erste Gespräche darüber unter den Anwohnern. Unmut über Vorhaben, Plan war jedoch vorerst noch abzuwarten - es stand ja bisher noch nichts fest.
- April 2018 Antragskonferenz beim LK-WTM unter Leitung des LBEG, viele Einladungen, jedoch Ortsvorsteher Wilhelm Ihnen und Anwohner waren selbst auf Anfrage hin nicht zugelassen hieran teilzunehmen - deshalb kamen erste Gedanken auf, eine BI zu gründen.
- Es folgten erste konkrete Nachfragen durch uns. Dabei achteten wir besonders darauf, "den Dienstweg" einzuhalten. Somit zwei Treffen der Nachbarschaft mit unserem Ortsvorsteher Wilhelm Ihnen arrangiert und unsere Bedenken und unseren Unmut über die nochmalige Verlängerung/Erweiterung/Vertiefung geäußert.
- Ortsvorsteher vermittelt Treffen mit Landrat, Bürgermeister u. Beamte des Bauamts (Coordes/Wulf) Wittmund im Juni 2018. Beim Treffen unsere Bedenken und Forderungen mündlich und schriftlich geäußert - auch über die erheblichen Umweltverschmutzungen auf dem Siebels-Firmengelände berichtet. Coordes forderte und bekam 3-4 Tage später entsprechendes Bildmaterial über die erheblichen Verschmutzungen.
- Treffen brachte uns nicht viel - es wurde uns keine konkrete Unterstützung angeboten. Man verwies uns mit der Begründung: LBEG sei zuständig und man habe hierauf keinen Einfluss. Bürgermeister hat Gründung einer Bürgerinitiative aus politischer Sicht befürwortet und auch Verständnis dafür gezeigt, dass man auf solch komplexe Verfahrensprozesse häufig auch nicht ohne fachlichen Rechtsbeistand Einfluss nehmen kann. Schon während dieses Treffens kündigten wir an, zu gegebener Zeit wohl noch eine BI gründen zu wollen.

- "Vorsorglichen Widerspruch" beim LBEG Ende Juni 2018 eingelegt. Ebenso weitere Behörden, Vereine, Verbände und Parteien bzgl. der geplanten Erweiterung kontaktiert.
- Das Bauamt LK-WTM erteilte im Sommer 2018 die Auflage an Fa. Siebels, im Abbaugelände Bauschutt zu entfernen und auch den auf dem Firmengelände liegenden, mit Bodenaushub vermischten Bauschutt, bereitliegend, für die nächste geplante "Seeuferbefestigung", wieder auszusieben und zu beseitigen. Ebenso sollte der sich unkontrolliert ausbreitende "Riesenbärenklau" (sehr giftige Unkraut-Pflanze) entfernt werden. Diesen Auflagen kam Fa. Siebels gelinde gesagt, nur sehr oberflächlich nach (ca. Mitte Juli 2018).
- Mitte November 2018 - Auslage Info-Flyer01 mit Unterschriftenliste über Bürgerbegehren gegen die geplante Erweiterung (Auslage innerhalb Ardorfs - Bäcker, Gaststätte).
- Anfang Januar 2019 - Auslage Info-Flyer02 über die geplante BI-Gründung (Auslage innerhalb Ardorfs - Bäcker, Gaststätte, zudem Zeitungsartikel).
- ca. 15. Januar 2019 - Verdacht/Info/Gerücht über Strafanzeige gegen Fa. Siebels wegen Umweltverschmutzung erhärtet sich - Anwohner oder BI haben damit nichts zu tun.
- 18. Januar 2019 - Bürgerinitiativen-Gründung und Gründungsversammlung in der Gaststätte „Müller-Ardorf“ (siehe Gründungspapier und zwei Protokolle).
- 22. Januar 2019: E-Mail an C.-Zellerfeld und Stadt Wittmund über Gründung der BI, mit der Bitte um zukünftige Beteiligung am Verfahren. Bisher keine Rückmeldung vom LBEG - demnächst folgt daraufhin ein Einschreiben mit Antrag auf Verfahrensbeteiligung. Rückmeldung via E-Mail vom Bauamt Wittmund (Herr Wulf) mit Info, dass die Zuständigkeit beim LBEG liege.
E-Mail mit der Bitte um zukünftige Unterstützung an: Nachbarn, Anwohner, Verbände, Vereine, Parteien und Bekannte.
- 06.02.2019 Einladung von Herrn Heinz Buss (Sprecher der Mehrheitsgruppe im Kreistag - SPD, BFB, Grüne, Linke) an öffentlicher Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses teilzunehmen. Einladung bestätigt - Kreishaus Wittmund, "Großer Saal", ca. 16:00 Uhr.

- Ende Teil II. Info/Daten -